

Medienmitteilung
Bern, 10. Mai 2021

Lockdown beenden – KMU entschädigen – Ja zum Covid-19-Gesetz

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv hat sich heute vor den Medien zusammen mit anderen Wirtschaftsverbänden für das Covid-19-Gesetz ausgesprochen. Das Gesetz verankert durch das Parlament und die Sozialpartner hart erkämpfte Prinzipien, wie jenes der Verhältnismässigkeit oder des Mitspracherechts der Sozialpartner. Ohne das Covid-19-Gesetz würde der Bundesrat noch mächtiger. Genau diese Macht wollen die Gegner des Gesetzes eigentlich bekämpfen. Sie haben sich somit für ihren Kampf den falschen Schauplatz ausgesucht.

«Mit dem Covid-19-Gesetz lindern wir Symptome. Die Ursache der Krankheit an der insbesondere die Wirtschaft aber auch die ganze Gesellschaft leidet, ist jedoch der Lockdown», sagt sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler vor den Medien. Viele KMU würden unter den unverhältnismässigen und absurden Lockdown-Massnahmen leiden. Dabei habe das Bundesamt für Gesundheit (BAG) selbst zugestehen müssen, dass die Lockdown-Massnahmen keine Gegenwehr gegen die Pandemie seien. Nicht die Schliessung sei massgebend, sondern das Einhalten der Hygieneregeln zusammen mit strengen Schutzkonzepten. Dies sei Teil der Logik des gezielten Schutzes, mit breitflächigem Impfen und Testen, dem Contact Tracing und eben funktionierenden Schutzkonzepten. Diese Logik sei im Covid-19-Gesetz verankert und verbessere und ergänze somit das geltende Epidemiengesetz.



JA am 13. Juni
zum Covid-Gesetz
Lockdown beenden - KMU entschädigen

www.sgv-usam.ch/covid19-gesetz-ja

Das Covid-19-Gesetz verankere weitere, durch das Parlament und die Sozialpartner hart erkämpfte Prinzipien, wie jenes der Verhältnismässigkeit oder des Mitspracherechts der Sozialpartner. Hans-Ulrich Bigler gab auch zu bedenken, dass das Gesetz die Befugnisse des Bundesrates einschränke und den Kantonen eine verbindliche Rolle zuschreibe. Die Gegner des Gesetzes würden also vergessen, dass ohne das Covid-19-Gesetz der Bundesrat noch mächtiger sei.

Wichtige Entschädigungen

FDP-Nationalrätin und sgv-Vizepräsidentin Daniela Schneeberger beurteilt die Finanzhilfen des Bundes für Unternehmen, Vereine und Menschen, für zehntausende KMU und hunderttausende Arbeitnehmende als unverzichtbar. Sie betonte weiter, dass korrekterweise nicht von Hilfen gesprochen werden sollte. In Tat und Wahrheit handle es sich um die Entschädigung des Entzugs der verfassungsrechtlich garantierten Wirtschaftsfreiheit.

Die im Covid-19-Gesetz geregelte Ausweitung der Kurzarbeit sei elementar und sichere hunderttausende Arbeitsplätze. Es sei unverantwortlich, dieses erfolgreiche Instrument in der aktuellen Krise zu schwächen. Dasselbe gelte für den Corona-Erwerbsersatz.

Die Wirtschaft habe Solidarität bewiesen, indem sie Schutzkonzepte und betriebliche Einschränkungen umsetze. Sie dürfe jetzt nicht im Regen stehen gelassen werden. Deshalb sei am 13. Juni unbedingt ein Ja an der Urne nötig.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor sgv, Mobile 079 285 47 09

Daniela Schneeberger, Vizepräsidentin sgv, Mobile 079 233 84 80

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.